

Die NPD und ihre Erfolge

Warum Demokraten National-Demokraten (vielleicht) verbieten können, aber nicht kritisieren

Nach dem Scheitern des NPD-Verbots vor gut 2 Jahren und wieder nach dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen haben Politiker aus allen staatstragenden Parteien gelobt, hinfort würden sie die „*politische Auseinandersetzung* mit dem Rechtsextremismus“ suchen. Das klang so, als wollten sie dessen Anhänger und Wähler davon *überzeugen*, warum es falsch ist, Faschisten ihre Erklärungen abzunehmen und sie zu wählen.

Schauen wir uns die Überzeugungsarbeit führender Vertreter der beiden größten Parteien einmal näher an:

„Der Kanzler ist für 5 Mio. Arbeitslose verantwortlich und deswegen auch direkt für das Erstarken der Rechtsextremisten, deren Nährboden die Arbeitslosigkeit ist.“

(Stoiber, CSU-Vorsitzender)

Damit gibt der bayerische Ministerpräsident den Wählern der NPD erst einmal Recht. Er greift eine verbreitete Erklärung für Wahlerfolge der NPD (und der Nazis vor über 70 Jahren) auf: die Massenarbeitslosigkeit. Stoiber hat diese „Erklärung“ nach der Wahl in Sachsen kongenial verlängert: Wenn Arbeitslosigkeit Wähler rechtsextrem macht und die rot-grüne Bundesregierung an der Arbeitslosigkeit schuld ist, dann ist Rot-Grün am NPD-Wahlerfolg schuld.

Bloß – stimmt es, dass Massenarbeitslosigkeit rechtsextreme oder faschistische Gesinnungen sprießen lässt? Wenn jemand arbeitslos ist oder Angst davor hat, es zu werden, wie soll der vergessen, dass es ein Unternehmer war, der ihn entlassen hat oder mit Entlassung bedroht? Was für (falsche) Gedanken bringen ihn dazu, sein Anliegen sei ausgerechnet bei der NPD in den besten Händen?

Der SPD-Vorsitzende Müntefering kontert: *„Verantwortlich für die Erfolge der NPD sind allein die Wähler. Niemand hat das Recht, aus Protest die Rechtsradikalen zu wählen.“*

Warum fällt dem SPD-Vorsitzenden zur NPD-Wahl derer, von denen er seine Partei gewählt sehen möchte, nicht anderes ein, als dass sie dazu kein Recht hätten und sie als unanständig auszugrenzen? Was ist das für eine politische Auseinandersetzung mit den Gedanken von NPD-Wählern, wenn er ihnen vorwirft, mit ihrem Kreuzchen bei der NPD eigentlich etwas getan zu haben, was sich eigentlich verboten gehört?

Was haben Demokraten gegen abweichende Auffassungen der NPD wie z. B. die folgenden und warum widerlegen sie sie nicht mit Argumenten?

- *„Zum 1. Januar 2005 findet der größte Raubbau unserer Nachkriegsgeschichte statt. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II werden Arbeitslose zu Sozialhilfeempfängern gemacht und systematisch in die Armut getrieben.“* (NPD Sachsen im Internet)
- *„Die Möglichkeiten des Staates, Einfluss auf die Wirtschaft zu nehmen, werden immer geringer. (...) Neben massivem Sozialabbau fördert die Globalisierung auch Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzexport.“* (Kurzprogramm der NPD)
- *„Deutschland muss ein freies Land werden, Europa darf nicht länger US-Kolonie bleiben.“* (Kurzprogramm der NPD)
„Wir sind eine antiimperialistische Partei und solidarisch mit allen Völkern, die sich im Abwehrkampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Helfer befinden.“ (NPD Sachsen)

Wer wissen will, was an diesen Einwänden gegen Sozialabbau, Globalisierung und US-Imperialismus faschistisch ist und wie man sie kritisiert und warum Demokraten – und auch viele Antifaschisten – sie nicht kritisieren können, ist eingeladen zum

Vortrag mit Diskussion

Mittwoch, 20. April 2005, 20 Uhr

Jos Fritz Café, Wilhelmstr. 15, Freiburg

Gastreferent: Wolfgang Rössler, Redakteur GEGENSTANDPUNKT